



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

Ministerium für Verkehr  
Postfach 10 34 52 • 70029 Stuttgart

Abteilungen 4  
der Regierungspräsidien

Stuttgart  
Freiburg  
Karlsruhe  
Tübingen

Stuttgart 22, September 2022

Name Maik Schulz

Durchwahl +49 (711) 231-3646

E-Mail Maik.Schulz@vm.bwl.de

Aktenzeichen VM2-3952-34/6/1

(Bitte bei Antwort angeben!)

## **Aufbringung eines Anti-Graffiti-Systems auf Ingenieurbauwerken im Zuge von Bundes- und Landesstraßen oder alternativ die künstlerische Gestaltung dieser Flächen mit Graffiti**

Anlagen

Empfehlungen für die Praxis (Anlage 1)

Muster für eine Vereinbarung zur legalen Anbringung eines Graffitis auf Ingenieurbauwerken (Anlage 2)

Aufgrund vermehrt auftretender Verunreinigungen von Ingenieurbauwerken mit Graffiti soll künftig bei Neubau- und Ersatzneubaumaßnahmen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen unter folgenden Randbedingungen ein Anti-Graffiti-System (AGS) vorgesehen werden:

- Das Ingenieurbauwerk befindet sich in exponierter Lage, so dass ein Aufbringen von Graffiti wahrscheinlich und gleichzeitig auch möglich ist.
- Bei der Bauteiloberfläche handelt es sich nicht um Flächen mit lärmabsorbierenden Eigenschaften, wie z. B. Porenbeton, gelochte Aluminiumbleche, o. ä.

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten nach der DSGVO finden sich auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr unter „Service“ / „Datenschutz“. Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.

Dorotheenstr. 8 • 70173 Stuttgart (VVS: Charlottenplatz) • Behindertengerechte Parkplätze vorhanden  
Telefon 0711 231-5830 • Telefax 0711 231-5899 • poststelle@vm.bwl.de • poststelle@vm.bwl.de-mail.de  
www.vm.baden-wuerttemberg.de • www.service-bw.de

Es dürfen lediglich geprüfte AGS gemäß ZTV-ING zur Anwendung kommen. Entsprechende AGS sind im "Verzeichnis der geprüften Anti-Graffiti-Systeme" der BAST enthalten. Sie gelten damit als zugelassen.

Die Veröffentlichung des Verzeichnisses erfolgt im Internet unter [www.bast.de](http://www.bast.de)

Da davon auszugehen ist, dass Sprayer bereits besprühte Flächen unberührt lassen (Ehrenkodex), können alternativ gefährdete Flächen von Ingenieurbauwerken im Zuge von Bundes- und Landesstraßen durch einen professionellen Graffiti-Künstler gestaltet werden, sofern folgende Randbedingungen erfüllt sind:

- Die Kosten für die Gestaltung dürfen die Kosten für ein AGS nicht überschreiten.
- Mit dem Künstler ist bereits bei Beauftragung zu vereinbaren, dass dem Straßenbaulastträger ein ausschließliches Nutzungsrecht eingeräumt wird (§ 31 Abs. 1 und 3 Urheberrechtsgesetz - UrhG). Das ausschließliche Nutzungsrecht berechtigt den Inhaber, das Werk unter Ausschluss aller anderen Personen auf die ihm erlaubte Art zu nutzen (§ 31 Abs. 3 UrhG).
- Zudem ist mit dem Künstler bei Beauftragung zu vereinbaren, dass ihm als Urheber aufgrund von Instandhaltungsmaßnahmen oder beim Abbruch des Ingenieurbauwerks keine Ansprüche bei Beschädigung oder Vernichtung des Kunstwerks zustehen.
- Es wird vereinbart, dass bei Beschädigung des Graffiti durch Dritte kein Anspruch auf Wiederherstellung des Graffiti gegenüber dem Straßenbaulastträger besteht
- Die verwendete Farbe darf bei tragenden Bauteilen keine rissüberbrückende Wirkung entfalten, so dass bei der Bauwerksprüfung etwaige Risse nicht unentdeckt bleiben.
- Die verwendete Farbe hat keine schädigende Wirkung auf die Bauteiloberflächen, wie z. B. „chemischer Angriff“, ist UV-beständig und wetterfest.
- Bei der Bauteiloberfläche handelt es sich nicht um Flächen mit lärmabsorbierenden Eigenschaften, wie z. B. Porenbeton, gelochte Aluminiumbleche, o. ä.
- Die Gestaltung sollte mit der Gemarkungsgemeinde abgestimmt werden.
- Der Verkehrsteilnehmer darf durch das Kunstwerk nicht abgelenkt werden und dadurch sich und ggf. Dritte gefährden.

- Die Künstler bekommen ein Honorar. Gegebenenfalls werden Kosten von Dritten getragen (bspw. Gemeinde oder Sponsoring der Farbe). Im Übrigen trägt der Straßenbaulastträger die Kosten für das Honorar, Farbe, Gerüstkosten sowie sonstige Kosten, soweit diese die Kosten für ein Anti-Graffiti-System nicht übersteigen.

Bei neuen Ingenieurbauwerken bzw. Ersatzneubauten ist entweder ein Anti-Graffiti-System oder ein Graffiti mit Zustimmung des Straßenbaulastträgers anzubringen. Bei Ingenieurbauwerken im Bestand können diese Maßnahmen ebenfalls ergriffen werden, sofern dies im Interesse des Straßenbaulastträgers ist oder die Kosten von Dritten getragen werden.

In der Anlage sind weitere Empfehlungen für die Praxis angefügt.

gez. Andreas Hollatz  
Ministerialdirigent